

# Politiker lehnen Stromtrasse ab

Zychlinski und Hoppenstedt erörtern parteiübergreifend Varianten der Südlink-Planung

Bürgermeister Helge Zychlinski (SPD) und der Burgwedeler CDU-Bundestagsabgeordnete Hendrik Hoppenstedt haben über die Südlink-Trassenplanung von Tennet beraten: Die Wedemärker Variante 091, so der Tenor des gestrigen Treffens, sei „nicht zu ertragen“.

VON URSULA KALLENBACH

**MELLENDORF.** Die Energiewende brauche den Stromtransport von Nord nach Süd, das müsse grundsätzlich akzeptiert werden, betonten beide. „Eine Variante östlich der A7 wäre eine, gegen die man nicht so viel sagen könnte“, sagte Zychlinski. Dagegen hatte er die westlich verlaufende Variante, die von Tennet erst später in die Diskussion gebracht worden war, bereits als Katastrophe für die Wede-

mark bezeichnet. „In der Wedemark würden Naturräume zerschnitten, in Garbsen haut es bei dieser Routenführung West voll in die Wohnbebauung“, sagte er. So würden weder Natur noch Menschen geschont.

„Tennet muss noch liefern, weshalb die vorgestellten Trassen so zwingend durch die Region Hannover verlaufen müssen, nicht etwa durch Sachsen-Anhalt“, forderte CDU-Politiker Hoppenstedt. Ehrlicher Weise müsse er sagen, dass er sich am Ende aber schwer täte, „wenn eine Variante meinen Wahlkreis beträfe“. Dennoch: „Wir sind ein Raum Hannover, und wir müssen bei der Abwägung solidarisch vorgehen“, betonte Hoppenstedt.

Er hätte sich gewünscht, dass offengelegt werde, wie die Variante



„Nicht zu ertragen“: Helge Zychlinski und Hendrik Hoppenstedt.

091 mit westlichem Verlauf ins Spiel kam. Einig war er sich mit Zychlinski, dass nach dem St.-Florians-Prinzip nicht die sinnvollste Lösung zu finden sei. Sein Schluss, so Hoppenstedt, wäre eine Trasse „lieber da, wo keine Menschen

wohnen“. Wenn es hinzubekommen wäre, möglichst eine Erdverkabelung und womöglich direkt an der Autobahn zu planen, „wäre es akzeptabel“.

Zychlinski berichtete, dass die Gemeinde Wedemark die infrage kommenden Ministerien im Land angeschrieben habe, um den Urheber der Westführung 091 zu erfahren. Der Bürgermeister und seine anderen Kollegen, die von den Tennet-Planungen betroffen sind, werden am 5. Dezember in einer öffentlichen Diskussion in der Resser Sporthalle dazu möglicherweise mehr erfahren. „Wenn Tennet im Februar den Antrag bei der Bundesnetzagentur stellt, haben die Kommunen nur noch vier Wochen Zeit, Stellung zu beziehen“, kritisierte der Bürgermeister.